

## Wie der Tiefe Staat in den USA gemeinsam mit der EU den Ukraine-Krieg anheizt

---

6 Juni 2025 16:58 Uhr

Blutrünstige US-amerikanische Politiker wie Lindsey Graham wollen den Ukraine-Krieg ewig hinauszögern und tun alles, um Verhandlungen zu verhindern. Aus diesem Grund haben der tiefe Staat in den USA und Brüssel abgesehen von Russland einen weiteren gemeinsamen Feind: Donald Trump.



Quelle: AP © Rod Lamkey, Jr.

Bundeskanzler Friedrich Merz spricht bei seinem Antrittsbesuch in Washington mit den Senatoren Lindsey Graham (l.) und Richard Blumenthal. Beide Senatoren waren kurz vor dem ukrainischen Angriff auf Russlands Flotte strategischer Bomber in Kiew. (5. Juni 2025)

*Von John Laughland*

Das Bild von US-Senator Lindsey Graham und EU-Kommissionschefin Ursula von der Leyen, die am 2. Juni in Brüssel gemeinsam in eine Kamera grinsen, sagt mehr als tausend Worte.



Ursula von der Leyen

@vonderleyen · Folgen



Good discussion with [@LindseyGrahamSC](#)

The EU is preparing its 18th package of hard-biting sanctions, including lowering the crude oil price cap.

These steps, taken together with US measures, would sharply increase the joint impact of our sanctions.

Read-out ↓



europa.eu

Read-out of the meeting with US Senator Lindsey Graham

1:11 nachm. · 2. Juni 2025



4.425



Antworten



Link zum Post kopieren

[2.434 Antworten lesen](#)

Graham ist einer der extremsten Kriegstreiber in Washington – und die Konkurrenz ist ziemlich groß. Seit er vor über 30 Jahren Mitglied des US-Kongresses wurde – einmal gewählt, werden US-Politiker nur selten abgewählt –, hat er seine Karriere der vehementen Befürwortung von Kriegen gewidmet.

Seine Äußerungen sind oft nicht nur kriegerisch, sondern auch sadistisch, wie z. B. als er [kürzlich postete](#), er hoffe, dass "Greta schwimmen kann", was bedeutet, dass er hofft, dass ihr Gaza-Hilfsschiff torpediert wird. Witze über einen Angriff auf ein ziviles Hilfsschiff mit einer jungen zivilen Aktivistin an Bord sind krank – und typisch für den Senator aus South Carolina.

Wie sein alter Freund, der verstorbene Senator John McCain, ist auch Graham von der Idee eines Krieges mit Russland besessen. Mindestens seit 2014 drängt er darauf. Im Jahr 2016 [sagte er](#) zu ukrainischen Soldaten: "Euer Kampf ist unser Kampf."

Grahams Anwesenheit in Brüssel ist daher von Bedeutung. Seit von der Leyens Ernennung im Jahr 2019 hat sie sich zum wichtigsten öffentlichen Gesicht der Brüsseler Institutionen aufgeschwungen. Vor sechs Jahren [erklärte sie](#), sie wolle die Europäische Kommission zu einem "geopolitischen" Gremium machen – auch wenn sie keine Rolle in der Außen- oder Verteidigungspolitik spielt.

Seitdem hat sie kaum etwas anderes getan, als sich auf der internationalen Bühne zu präsentieren. Sie gehört zu den kämpferischsten und russlandfeindlichsten europäischen Persönlichkeiten und [behauptet](#) absurderweise wie der französische Außenminister Bruno Lemaire, dass die EU-Sanktionen die russische Wirtschaft in die Knie gezwungen hätten.

Die Allianz zwischen Graham und von der Leyen ist daher eine natürliche Allianz – gegen Donald Trump. Europäische Politiker äußern [ganz offen](#) die Meinung, dass Trump jetzt [der Feind](#) ist.

Das gilt auch für Graham. In der vergangenen Woche stellte er in Kiew ausdrücklich Trumps Autorität [in Frage](#), die Außenpolitik der USA zu bestimmen. Er wettete gegen die Idee von Verhandlungen mit Russland – so, wie es der ukrainische Präsident Wladimir Selenskij im Februar gegenüber US-Vizepräsident J. D. Vance im Oval Office getan hatte – und sagte, der Präsident der USA sei nicht der Chef. "In den USA sitzt mehr als nur eine Person am Kartentisch. Wir haben drei Zweige der Regierung", so Graham – was bedeutet, dass der Senat bald seine [eigenen Sanktionen](#) gegen Russland verhängen wird, egal was die Exekutive tut.

[Grahams Haushaltsentwurf](#) vom Februar zielt darauf ab, noch mehr Geld für das US-Militär auszugeben – als ob das möglich wäre –, was bedeutet, dass er den Tiefen Staat der USA zusammentrummelt, um zurückzuschlagen, nachdem dieser zunächst von der Wiederwahl Trumps geschockt war.

Derweil ist die Entschlossenheit der Europäer existenziell, den Krieg fortzusetzen. Ihre Russophobie, die mindestens bis zu den russischen Präsidentschaftswahlen 2012 zurückreicht, als Putin wieder in den Kreml einzog, ist extrem, weil ihr "Europa" durch die Feindseligkeit gegenüber Russland definiert ist. Russland ist "das andere Europa", das die EU nicht sein will und dem gegenüber sie sich definiert.

Von der Leyen und andere wollen den Krieg gegen Russland nutzen, um Europa zu föderalisieren und einen einzigen Staat zu schaffen. Trumps Russland-Politik basiert derweil darauf, Europa ins Abseits zu stellen. Als er erstmals Gespräche mit den Russen ankündigte, forderten die EU-Staats- und Regierungschefs [einen Platz am Tisch](#). Sie scheiterten. Die Gespräche zwischen den USA und Russland fanden außerhalb Europas statt – in Riad –, während die Gespräche zwischen Russland und der Ukraine, gegen die sich die EU vehement gewehrt hat, ohne die EU in Istanbul stattfinden.

Wir sollten nicht vergessen, wie vehement sich die führenden Politiker der EU gegen Gespräche mit Russland gewehrt haben. Als Ungarns Ministerpräsident Viktor Orbán im vergangenen Juli nach Kiew und Moskau reiste, [prangerte](#) von der Leyen dessen "Beschwichtigungspolitik" an. Der damalige EU-Chefdiplomat erklärte in einer [offiziellen Erklärung](#), die EU schließe "offizielle Kontakte zwischen der EU und Präsident Putin aus".

Der französische Außenminister **verkündete** im Februar, wenn sein russischer Amtskollege Sergei Lawrow ihn anrufen würde, würde er den Anruf nicht entgegennehmen. Jetzt behaupten dieselben Leute, sie wollten die Russen zu Gesprächen "zwingen"!

Die EU-Russlandpolitik liegt nun in Trümmern. Deshalb ist Brüssel wie Graham entschlossen, Trump zu stoppen. Die Versuche sind immer verzweifelter und lächerlicher geworden. Am 12. Mai **erklärten** die EU-Außenbeauftragte Kaja Kallas und andere EU-Staats- und Regierungschefs, Russland müsse vor Gesprächen einem Waffenstillstand zustimmen. Drei Tage später begannen diese Gespräche trotzdem. Großbritannien versuchte ebenfalls, sie zu vereiteln, indem es **betonte**, es sei "inakzeptabel", dass Russland die Anerkennung der "annektierten" Regionen fordere, was seltsam ist, wenn man bedenkt, dass Großbritannien kein Teilnehmer der Gespräche ist.

Die europäische Glaubwürdigkeit ist also gleich null. Im März hatte der britische Premierminister **erklärt**, dass die Pläne zur Entsendung britischer und französischer Truppen in die Ukraine "in die operative Phase" eingetreten seien. Sie seien bereit, die Sicherheit der Ukraine zu schützen, indem sie direkt in das Kriegsgebiet eindringen. Im April wurden diese Pläne **fallen gelassen**.

Am 10. Mai **drohten** europäische Staats- und Regierungschefs, darunter Bundeskanzler Friedrich Merz, Russland mit "massiven Sanktionen", falls es nicht sofort einem "bedingungslosen" Waffenstillstand zustimmt. Russland hat einem Waffenstillstand nicht zugestimmt, und dennoch hat es keine weiteren "massiven Sanktionen" gegeben. Ein 17. Sanktionspaket wurde zwar am 14. Mai **verkündet**, aber es war so schwach, dass Ungarn und die Slowakei, die die Gesamtpolitik der EU ablehnen, es durchgehen ließen. Auf jeden Fall hatte das 17. Paket eindeutig nichts mit dem Ultimatum zu tun, da die Vorbereitung solcher Sanktionen viel Zeit in Anspruch nimmt. Stattdessen war Graham in Brüssel, um darüber zu sprechen.

Die EU und das Vereinigte Königreich haben sich also mit ihrer sinnlosen Prahlerei selbst ins Abseits gestellt. Ohne die US-Amerikaner können sie nicht agieren. Aber welche US-Amerikaner? Die Behauptung, das Weiße Haus habe nichts von dem jüngsten ukrainischen Drohnenangriff **auf russische Flugplätze** gewusst, könnte durchaus zutreffen: Der Tiefe Staat der USA, verkörpert durch Leute wie Graham, versucht eindeutig, die Exekutive zu untergraben. Sowohl Graham, der zusammen mit dem Kriegsfalke Richard Blumenthal anreiste, als auch der ehemalige CIA-Direktor Mike Pompeo waren nur wenige Tage vor dem Angriff in der Ukraine.

Das politische Ziel des Drohnenangriffs bestand offensichtlich darin, die für den nächsten Tag geplanten Gespräche in Istanbul zu vereiteln oder Russland zu einer massiven Reaktion zu provozieren und die USA in den Krieg hineinzuziehen. Selbst wenn der Angriff diese Ziele nicht erreicht, gibt er eindeutig den Ton für den künftigen ukrainischen Aufstand an, der, so **hoffen** US- und EU-Beamte, das Land in ein "Afghanistan" für Russland verwandeln wird. Der US-Staat ist auf ein langes Spiel aus.

Das gilt auch für die Europäer. Am 9. Mai, dem "Europatag", **bekräftigten** die europäischen Staats- und Regierungschefs ihre Absicht, ein Sondertribunal für das Verbrechen der Aggression einzurichten, um Russland für die Invasion im Februar 2022 anzuklagen.

Die westeuropäischen Staaten sind bereits die Hauptfinanziers des Internationalen Strafgerichtshofs, dessen Ankläger ein Brite ist. Der IStGH hat 2023 und 2024 die russische Führung, einschließlich Putin, wegen verschiedener sehr überraschender Anschuldigungen angeklagt. (Von der Leyen **lügt weiterhin** über "20.000 entführte Kinder", einen Tag nachdem die Ukrainer den Russen eine Liste mit 339

vermissten Kindern übergeben haben.) Nun beabsichtigen die Europäer, eine neue Front in ihrem "Gesetzeskrieg" ("lawfare") gegen Russland zu eröffnen.

Ein solches Sondertribunal, sollte es zustande kommen, wird jedem Friedensabkommen das Herz herausreißen – so wie die Anerkennung der Zuständigkeit des Internationalen Strafgerichtshofs durch die Ukraine in den Jahren 2014 und 2015 das Minsker Abkommen vom Februar 2015 null und nichtig gemacht hat. Einerseits **forderte** die Ukraine den IStGH auf, russische Beamte und "Terroristen" aus dem Donbass strafrechtlich zu verfolgen, andererseits stimmte sie in Minsk zu, dass der Aufstand im Donbass ein innerukrainisches Problem sei und schloss jegliche Strafverfolgung oder Bestrafung aus (Artikel 5 der **Minsker Vereinbarung** vom Februar 2015).

Es ist nicht möglich, ein Friedensabkommen mit einem Land zu schließen und gleichzeitig ein Sondertribunal einzurichten, dessen einziger Zweck darin besteht, es zu kriminalisieren. Die Einrichtung dieses Tribunals, das vermutlich wie die Ad-hoc-Tribunale für Jugoslawien und Ruanda mehr als ein Jahrzehnt bestehen bleiben würde, ist also nichts anderes als eine institutionelle euroamerikanische Zeitbombe, die dazu bestimmt ist, jede Vereinbarung, die die beiden Seiten kurzfristig treffen könnten, in der Zukunft zu sprengen. Die Zukunft "Europas" hängt davon ab.

**John Laughland** hat an der Universität Oxford in Philosophie promoviert und lehrte an Universitäten in Paris und Rom. Er ist Historiker und Spezialist für internationale Angelegenheiten. Übersetzt aus dem **Englischen**.

*RT DE bemüht sich um ein breites Meinungsspektrum. Gastbeiträge und Meinungsartikel müssen nicht die Sichtweise der Redaktion widerspiegeln.*